

Deutscher Bundestag

Stenographischer Bericht

140. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 7. Dezember 2000

Inhalt:

Nachträgliche Glückwünsche zum Geburtstag des Abgeordneten Dr. Heinz Riesenhuber 13599 A	Monika Ganseforth SPD 13605 A
Wahl der Abgeordneten Reinhard Weis (Stendal) und Jörg Tauss als stellvertretende Mitglieder in den Gemeinsamen Ausschuss nach Art. 53 a 13599 B	Birgit Homburger F.D.P. 13607 B
Wahl des Abgeordneten Ulrich Kelber als stellvertretendes Mitglied in den Beirat der Regulierungsbehörde 13599 B	Dr. Reinhard Loske BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 13609 A
Wahl des Abgeordneten Hans-Joachim Hacker in den Beirat gemäß § 39 Abs. 1 des Stasi-Unterlagen-Gesetzes 13599 B	Eva Bulling-Schröter PDS 13610 D
Erweiterung der Tagesordnung 13599 B	Michael Müller (Düsseldorf) SPD 13611 D
Absetzung der Tagesordnungspunkte 17 a bis h und des Tagesordnungspunktes 26 13600 B	Dr. Christian Ruck CDU/CSU 13613 D
Tagesordnungspunkt 3:	Dr. Uschi Eid, Parl. Staatssekretärin BMZ ... 13615 D
Abgabe einer Regierungserklärung zur 6. Weltklimakonferenz – Chancen für mehr Klimaschutz 13600 C	Tagesordnungspunkt 4:
in Verbindung mit	a) Antrag der Abgeordneten Wolfgang Lohmann (Lüdenscheid), Horst Seehofer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion CDU/CSU: Abschaffung der sektoralen Budgets in der gesetzlichen Krankenversicherung (Drucksache 14/4604) 13617 B
Zusatztagesordnungspunkt 2:	b) Zweite und dritte Beratung des von den Abgeordneten Dr. Dieter Thomae, Detlef Parr, weiteren Abgeordneten und der Fraktion F.D.P. eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Sicherung einer angemessenen Vergütung psychotherapeutischer Leistungen im Rahmen der gesetzlichen Krankenversicherung (Drucksachen 14/3086, 14/4889) 13617 B
Antrag der Abgeordneten Birgit Homburger, Marita Sehn, weiterer Abgeordneter und der Fraktion F.D.P.: Agenda für eine Initiative zum internationalen Klimaschutz (Drucksache 14/4890) 13600 C	c) Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Gesundheit zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Ruth Fuchs, Dr. Ilja Seifert, weiterer Abgeordneter und der Fraktion PDS: Existenzsichernde Vergütung der psychotherapeutischen Versorgung
Jürgen Trittin, Bundesminister BMU 13600 D	
Dr. Peter Paziorek CDU/CSU 13602 D	

der Fraktion CDU/CSU: **Die deutschen Grenzregionen auf die EU-Erweiterung durch einen Grenzgürtel-Aktionsplan vorbereiten** (Drucksache 14/4643) 13756 C

in Verbindung mit

Zusatztagesordnungspunkt 7:

Antrag des Abgeordneten Günter Gloser, Hans-Werner Bertl, weiterer Abgeordneter und der Fraktion SPD sowie der Abgeordneten Christian Sterzing, Ulrike Höfken, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: **Flankierung der Erweiterung der Europäischen Union als innenpolitische Aufgabe** (Drucksache 14/4886) 13756 C

Rainer Fornahl SPD 13757 A

Klaus Hofbauer CDU/CSU 13758 D

Christian Sterzing BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 13759 D

Ernst Burgbacher F.D.P. 13761 A

Uwe Hixsch PDS 13762 A

Arnold Vaatz CDU/CSU 13762 D

Tagesordnungspunkt 14:

Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Tourismus

– zu dem Antrag der Abgeordneten Klaus Brähmig, Hannelore Rönsch (Wiesbaden), weiterer Abgeordneter und der Fraktion CDU/CSU: **Sicherung der Volksfeste und des Schaustellergewerbes in der Bundesrepublik Deutschland**

– zu dem Antrag der Abgeordneten Brunhilde Irber, Dr. Eberhard Brecht, weiterer Abgeordneter und der Fraktion SPD, der Abgeordneten Sylvia Voß, Matthias Berninger, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Abgeordneten Ernst Burgbacher, Hildebrecht Braun (Augsburg), weiterer Abgeordneter und der Fraktion F.D.P. sowie der Abgeordneten Rosel Neuhäuser, Dr. Heinrich Fink, weiterer Abgeordneter und der Fraktion PDS: **Sicherung der Volksfeste, des Markthandels und des Schaustellergewerbes** (Drucksachen 14/1312, 14/3786, 14/4836) 13764 A

Siegmar Mosdorf, Parl. Staatssekretär BMWi 13764 B

Ernst Hinsken CDU/CSU 13766 A

Thomas Dörflinger CDU/CSU 13766 B

Sylvia Voß BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 13767 B

Ernst Burgbacher F.D.P. 13768 B

Rosel Neuhäuser PDS 13769 B

Marianne Klappert SPD 13770 B

Ernst Hinsken CDU/CSU 13771 B

Klaus Brähmig CDU/CSU 13772 A

Zusatztagesordnungspunkt 8:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Klaus Grehn, Ursula Lötzer, weiterer Abgeordneter und Fraktion PDS: **Die Weichen für eine neue Vollbeschäftigung in Europa stellen** (Drucksachen 14/3030, 14/3789) 13773 C

Tagesordnungspunkt 16:

Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes über Rahmenbedingungen für elektronische Signaturen und zur Änderung weiterer Vorschriften** (Drucksache 14/4662) 13773 D

Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn) CDU/CSU 13774 A

Nächste Sitzung 13775 D

Anlage 1

Liste der entschuldigten Abgeordneten 13777 A

Anlage 2

Zu Protokoll gegebene Reden zur Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts zu den Anträgen 13777 D

- Entwicklungszusammenarbeit mit Kuba;
- Aufnahme der Entwicklungszusammenarbeit mit Kuba im Jahr 2000 (Tagesordnungspunkt 12)

Joachim Günther (Plauen) F.D.P. 13777 D

Anlage 3

Zu Protokoll gegebene Reden zur Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts zu dem Antrag: **Die Weichen für eine Vollbeschäftigung in Europa stellen** (Zusatztagesordnungspunkt 8) 13778 B

Doris Barnett SPD 13778 B

Vizepräsidentin Petra Bläss

- (A) Interfraktionell wird die Überweisung der Vorlagen auf den Drucksachen 14/4643 und 14/4886 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse sowie an den Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Ich rufe jetzt den Tagesordnungspunkt 14 auf:

Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Tourismus (21. Ausschuss)

- zu dem Antrag der Abgeordneten Klaus Brähmig, Hannelore Rönsch (Wiesbaden), Ernst Hinsken, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU

Sicherung der Volksfeste und des Schaustellergewerbes in der Bundesrepublik Deutschland

- zu dem Antrag der Abgeordneten Brunhilde Irber, Dr. Eberhard Brecht, Annette Faße, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD, der Abgeordneten Sylvia Voß, Matthias Berninger, Thea Dückert, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Abgeordneten Ernst Burgbacher, Hildebrecht Braun (Augsburg), Rainer Brüderle, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der F.D.P. sowie der Abgeordneten Rosel Neuhäuser, Dr. Heinrich Fink, Rolf Kutzmutz, Dr. Gregor Gysi und der Fraktion der PDS

Sicherung der Volksfeste, des Markthandels und des Schaustellergewerbes

– Drucksachen 14/1312, 14/3786, 14/4836 –

Berichterstattung:

Abgeordneter Klaus Brähmig

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine halbe Stunde vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich begrüße im Namen aller Kolleginnen und Kollegen recht herzlich auf der Besuchertribüne die Präsidenten und Vizepräsidenten der Schaustellerverbände der Bundesrepublik.

(Beifall)

Ich eröffne die Aussprache. Zunächst hat der Parlamentarische Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Siegmur Mosdorf, das Wort.

Siegmur Mosdorf, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beschäftigen uns heute mit einer wichtigen Branche, die im Wesentlichen davon lebt, dass sie einfallreich ist, dass sie kreativ ist und dass sie auf vielfältige Weise die Bürger anspricht, und zwar so anspricht, dass sie sich auch zu Hause fühlen: 5 000 Betriebe mit in der Spitze 40 000 Beschäftigten, die zusammen einen Umsatz von rund 1,5 Milliarden DM pro Jahr generieren; rund 10 000 Veranstaltungen im Jahr, die

etwa 200 Millionen Menschen erreichen: Das sind eindrucksvolle Zahlen, die zeigen, dass es sich hier um eine wichtige Branche handelt, die unser Dankeschön verdient. (C)

(Beifall im ganzen Hause)

Frau Präsidentin, wenn Sie mir das gestatten, möchte ich die Herren – leider sind es nur heute Herren – auch persönlich begrüßen: den Ehrenpräsidenten und Konsul, Herrn Wollenschläger,

(Beifall)

den Präsidenten Herrn Krameyer,

(Beifall)

den Vizepräsidenten Herrn Ritter,

(Beifall)

den Vizepräsidenten Herrn Arenz

(Beifall)

und die ganze Mannschaft, die dabei ist.

(Beifall)

Wir freuen uns sehr, dass Sie hier sind. Sie bringen damit, dass Sie zu dieser fortgeschrittenen Stunde hier sind, auch zum Ausdruck, wie ernst Sie dieses Thema nehmen.

(Horst Kubatschka [SPD]: Da sehen sie mal, wie lang die Parlamentarier arbeiten! Wie die Schausteller!)

– Das hat keiner geglaubt!

(D)

Der Ausschuss für Tourismus – ich möchte das ausdrücklich interfraktionell sagen – hat sich sehr ernsthaft mit diesen Fragen und auch damit beschäftigt, wie wir – und zwar im ganz konkreten Fall – helfen können.

Sie wissen, dass die Kommunen selber auch Verantwortung tragen. Es gibt auch da Zuständigkeiten, in die wir uns nicht einmischen können. Aber da, wo wir selber Verantwortung tragen, haben wir durchaus die Absicht, den Menschen, die in der Branche arbeiten, aber auch den Menschen ganz konkret zu helfen, denen man mit den Festen Freude macht, die man verwurzelt, denen man damit auch ein Stück Heimatgefühl gibt.

Deshalb freue ich mich, Ihnen heute neun Punkte nennen zu können, an denen wir in den letzten zwölf Monaten gearbeitet haben und die zu **Ergebnissen** geführt haben, die uns zufrieden stellen:

Erstens. Die vermehrte Nutzung einer Dauererlaubnis für die gastronomischen Angebote der Schausteller nach § 2 des Gaststättengesetzes ist von unserem Haus mit den Ländern abgestimmt worden. Die entsprechende Änderung in der Musterverwaltungsvorschrift ist verabschiedet und in Kraft. Damit können Gebühren für die ansonsten bei jedem Fest notwendige Gestattung eingespart werden. Ich finde, das ist ein wichtiges Ergebnis.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS)

Zweitens. Die finanzielle Unterstützung der Deutschen Zentrale für Tourismus wird im nächsten Jahr vom

Parl. Staatssekretär Siegmur Mosdorf

- (A) Umfang her nicht nur beibehalten, sondern sogar um 2,4 Millionen DM erhöht.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS)

Bei den Marketingaktivitäten der DZT wird auf die Volksfeste als besondere Attraktion verwiesen. Paradebeispiele hierfür sind natürlich das Oktoberfest, der Cannstatter Wasen, die Weihnachtsmärkte und viele andere Feste mehr, die wir aus unseren Gemeinden und Städten kennen.

Drittens. Die Bearbeitungszeit für Anträge auf die Vermittlung von ausländischen Aushilfskräften wird verkürzt. Im November wurde die entsprechende Änderung der Durchführungsverordnung zum Ausländergesetz in Kraft gesetzt. Auch das ist für sie eine wichtige Unterstützung.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS)

Viertens. Die Bundesregierung plant nicht, an dem ermäßigten Mehrwertsteuersatz für Lebensmittel und für schaustellerische Dienstleistungen etwas zu ändern. Die diesbezügliche Sorge der Schausteller ist damit ausgeräumt. Sie können davon ausgehen, dass sich daran nichts ändert.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS)

- (B) Fünftens. Die Vorführfristen von Fahrzeugen beim TÜV – für die Schausteller ein ganz besonderes Problem – haben wir bereits zum 1. Dezember letzten Jahres flexibilisiert. Damit lassen sich die TÜV-Termine besser auf die Schaustellersaison abstimmen und es gibt weniger Bürokratie. Auch das ist ein wichtiger Fortschritt.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS)

Sechstens. Hinsichtlich der Erleichterung für die Erteilung von Führerscheinen werden wir uns an die jetzt für die Thematik federführende Brüsseler Administration wenden und bitten, bei der nächsten Novellierung der Führerscheinrichtlinie Ausnahmen für den Betrieb langsamer Fahrzeuge aufzunehmen. Dies hätte dann auch Auswirkungen auf das Schaustellergewerbe. Wir wissen, dass gerade das für sie ein großes Problem ist. Deshalb werden wir darüber mit Brüssel reden.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS)

Siebtens. Die Befreiung von den Fahrverboten an Sonn- und Feiertagen gehört an sich nicht in die Zuständigkeit des Bundes. Wir haben uns aber bei den Ländern dafür eingesetzt und sie haben uns zugesichert, dass sie bei Ausnahmegenehmigungen großzügig verfahren werden. Auch in den Fällen, in denen der Schausteller aufgrund unvorhersehbarer Verzögerungen an einem Sonntag fahren muss, wollen die Länder nicht unbedingt auf einem Bußgeld bestehen, sondern eine Ausnahmegenehmigung erteilen. Auch das ist eine wichtige Hilfe.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS)

Achtens. Der Bildungsbereich ist ein sensibles Feld. Jeder, der sich ein bisschen auskennt, weiß, dass Schau- (C)
spieler, nein, Schausteller – –

(Zuruf von der CDU/CSU: Das war ein Freud!)

– Ja, aber das ist gar nicht so weit weg. Beide leben von ihrem Brain, von ihrem Know-how, von ihrem Wissen, von ihren Talenten.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS)

Die Schausteller sind viel unterwegs, deshalb geht es auch die Familien etwas an.

(Zuruf von der CDU/CSU)

– Sie müssen mal hingehen, dann wissen Sie das auch. Weil hier Probleme auch für die Familien und für die Kinder bestehen, haben wir uns im Bildungsbereich besonders engagiert.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der PDS)

Wir haben uns für Maßnahmen eingesetzt, die den speziellen Schwierigkeiten der mitreisenden Schaustellerkinder Rechnung tragen werden. Dazu gehören das Schulbegleittagebuch, um eine kontinuierliche und bessere Unterrichtung der Kinder an unterschiedlichen Schulen zu gewährleisten, sowie Sonderlehrgänge und Blockunterricht in den Wintermonaten beim Berufsschulunterricht.

Wir begrüßen auch die Empfehlung der Kultusministerkonferenz, dass bundesweit einheitlich 10 DM pro Kind und pro Tag für die Heimunterbringung von Schau- (D)
stellerkindern gezahlt werden soll. Das sind ganz konkrete Erleichterungen, die ihnen auch helfen.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS)

Neuntens und letztens. Wir setzen uns in Gesprächen mit der BAM und den Schaustellerverbänden dafür ein, dass Feuerwerke auf Volksfesten gezündet werden können und trotzdem der Schutz für die entsprechenden Besucher gewährleistet ist. Wir wollen, dass die Genehmigungen leichter erteilt werden können, aber legen natürlich auch auf die Sicherheit Wert; das ist genau aufeinander abgestimmt. Die Schausteller sind verantwortungsvolle Leute und sie nehmen dieses verantwortungsvolle Gewerbe auch ernst.

Ich glaube, insgesamt gesehen haben wir in diesen zwölf Monaten wichtige Entscheidungen vorangebracht. Ich bin sicher, dass die Schausteller das nicht nur anerkennen, sondern uns diese wichtigen Leistungen auch ein Stück weit zurückgeben, indem sie Identität stiften und uns ein Heimatgefühl vermitteln. Die Volksfeste gehören gleichsam zum historischen Kulturgut, auf das wir in Deutschland stolz sein können.

Vizepräsidentin Petra Bläss: Herr Staatssekretär, ich habe jetzt ein Problem. Sie sprechen eigentlich schon länger, als Ihre Redezeit erlaubt, aber es gibt noch eine

Vizepräsidentin Petra Bläss

- (A) Frage des Kollegen Hinsken. Wenn es eine kurze ist, dann lasse ich sie zu.

Siegmar Mosdorf, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie: Aber gerne, Ernst Hinsken.

Ernst Hinsken (CDU/CSU): Verehrte Frau Präsidentin, es ist eine ganz kurze Frage. Ich möchte Herrn Staatssekretär Mosdorf nur fragen, ob er bereit ist, der Vollständigkeit halber noch darauf zu verweisen, dass seine neun Punkte sämtlich auf Anträge der Opposition, insbesondere der CDU-Fraktion, zurückgehen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Siegmar Mosdorf, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie: Unser Haus ist ja auch für das Urheberrecht zuständig, deshalb ist das eine berechtigte Frage. Frau Präsidentin, ich wollte gerade zum Schluss den Vorsitzenden des Tourismusausschusses noch einmal besonders würdigen; denn Ernst Hinsken gehört nun wirklich zu denjenigen, die die Schausteller und die Feste oft besuchen.

(Horst Kubatschka [SPD]: Das ist in Niederrhein Politikerpflicht! Das müssen wir alle!)

Wenn er dann noch seine Backwaren mitbringt, dann ist er unschlagbar.

- (B) Ich will also ausdrücklich sagen: Es war ein interfraktioneller Antrag, an dem sich alle beteiligt haben und bei dem alle engagiert waren. Das gilt für die SPD, für die CDU, für die F.D.P., für die Grünen und auch für die PDS: An diesem Diskussionsprozess haben sich alle beteiligt. Ich glaube, wir können alle stolz darauf sein, lieber Ernst, dass wir einen Schritt vorangekommen sind.

Vielen Dank.

(Beifall im ganzen Hause)

Vizepräsidentin Petra Bläss: Der nächste Redner ist der Kollege Thomas Dörflinger von der CDU/CSU.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Thomas Dörflinger (CDU/CSU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Vertreter des Schaustellerverbandes! Dank der Initiative der CDU/CSU-Bundestagsfraktion,

(Beifall bei der CDU/CSU)

darauf sei hingewiesen – von daher, Herr Staatssekretär, bin ich Ihnen für Ihre Schlussbemerkung dankbar –, debattieren wir heute über die Zukunft eines Zweiges des Tourismusgewerbes, der bislang weitgehend im Schatten der Politik und der öffentlichen Diskussion stand.

(Horst Kubatschka [SPD]: 16 Jahre lang nichts gemacht und in der Opposition aufgewacht!)

- Ich darf Sie einmal daran erinnern, dass Sie seit zwei Jahren regieren; für den Fall, dass das in Vergessenheit geraten sein sollte. (C)

(Sylvia Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ihr habt 16 Jahre lang regiert und nichts geschafft!)

Bei jährlich 200 Millionen Besuchern der Volksfeste ist es nicht nur die Pflicht der Politiker, sich in die 200 Millionen Besucher einzureihen, sondern sich auch selbst als Gestalterinnen und Gestalter zu verstehen. Dabei sei allerdings angemerkt: Es ist schon bedauerlich, dass zwischen der Einbringung des Antrags der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der Behandlung des interfraktionellen Antrags ein ganzes Jahr verstrichen ist,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

in dem man, durchaus auch im Sinne der Branche, etwas hätte bewegen können.

Die Verzögerung ist bedauerlich. Aber, Herr Staatssekretär – da Sie uns gelobt haben, komme ich nicht darum herum, Sie auch zu loben –, ich muss sagen: Sie sind die Sache gar nicht unclever angegangen; Sie haben nämlich die Verzögerung genutzt, einige unserer Forderungen aufzunehmen und abzuarbeiten. Das will ich durchaus anerkennen und auch begrüßen. Allerdings – das füge ich wieder als Einschränkung hinzu – ist das kein Fingerzeig auf einen durchgängigen Lern- und Erkenntnisprozess der Bundesregierung.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich möchte zwei Punkte herausgreifen, die auch Sie genannt haben: zum einen die Ausnahmegenehmigungen, die seit Dezember 1999 Verlängerungen der Vorführfrist von Fahrzeugen beim TÜV von sechs auf acht Monate ermöglichen, und zum anderen die Einigung der Kultusministerkonferenz, für **Schaustellerjugendliche** in den Berufsschulen in den Wintermonaten Blockunterricht vorzusehen. Beides sind Entscheidungen, die der Branche durchaus entgegenkommen. (D)

Natürlich besteht auch weiterhin Handlungsbedarf; Sie haben es eben bereits angedeutet. Beispielsweise sollten wir die Kommunen auffordern, die Arbeit der Branche nicht durch Bagatellsteuern zu erschweren, was nicht nur eine finanzielle, sondern auch eine bürokratische Dimension hat. Auch dürfen Transporte von und zu Volksfesten nicht durch unnötige Auflagen erschwert werden.

Zum Thema Verkehr füge ich hinzu: Wir sollten uns keinen Illusionen hinsichtlich der **Funktion der Schiene** für das Gewerbe hingeben.

(Dr. Werner Hoyer [F.D.P.]: Das ist wohl wahr!)

Wenn Schausteller und Geräte vom „Dom“ in Hamburg zu den Wasen in Stuttgart transportiert werden sollen, hat die Schiene womöglich eine Funktion. Aber wenn der Transport vom Fridolinsfest in Bad Säckingen über den Schwyzertag in Tiengen zur Waldshuter Chilbi – das ist in meinem Wahlkreis – führt, dann wird die Schiene auch bei noch so guter Infrastrukturausstattung keine Funktion haben; man wird weiterhin auf die Straße angewiesen sein.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Thomas Dörflinger

- (A) Interessanterweise wurde im interfraktionellen Antrag allerdings die Forderung an das Bundeswirtschaftsministerium weggelassen, auf die Länder und Regionen einzuwirken, koordinierte Konzepte zu entwickeln, die die Volksfeste als Destination integrieren. Das wäre beispielsweise eine Aufgabe, die dem Tourismusbeirat der Bundesregierung zukommt, der ansonsten weitgehend eine Feiertagsveranstaltung zu werden droht. Auf diesem Feld könnte sich der Tourismusbeirat durchaus aktiv zeigen, insbesondere vor dem Hintergrund, dass wir – ebenfalls auf unsere Initiative hin – das Jahr 2001 zum **Jahr des Tourismus in Deutschland** erklärt haben.

(Beifall bei der CDU/CSU – Klaus Brähmig [CDU/CSU]: Sehr gute Initiative!)

Meine Damen und Herren, wenn wir Anträge formulieren, die beispielsweise an Länder und Kommunen adressiert sind, dann müssen wir uns als Bundesgesetzgeber natürlich auch an die eigene Nase fassen und darüber nachdenken, was wir denn tun könnten. In diesem Zusammenhang muss ich schon einmal daran erinnern, dass auch im Interesse des Schaustellergewerbes über die Neuregelung der 630-Mark-Jobs,

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

über die Neuregelung der so genannten Scheinselbstständigkeit und insbesondere über das Thema Ökosteuer geredet werden sollte. Wenn Sie diese drei Punkte, Herr Staatssekretär, zukünftig auch noch umsetzen, dann hätten wir neben den traditionellen Volksfesten und dem bevorstehenden Weihnachtsfest einen weiteren Grund zum Feiern. Dann wäre nämlich nach zwei Jahren endlich einmal in der Politik in Deutschland etwas Vernünftiges passiert.

(B)

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Vizepräsidentin Petra Bläss: Die nächste Rednerin ist die Kollegin Sylvia Voß für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Sylvia Voß (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu dieser Zeit finden wir allerorts sehr heimelige Weihnachtsmärkte. Jährlich gehört es für mehr als 200 Millionen Besucher in ihrer Freizeit dazu, sich auf einem der über 10 000 Volks- und Schützenfeste in Deutschland zu vergnügen. Im Schaustellergewerbe sorgen immerhin 34 000 Menschen dafür, dass die Achterbahnen sicher stehen, die Gewinnlose gut gemischt sind

(Gernot Erler [SPD]: Ich ziehe immer Nieten!)

und die kandierte Äpfel nicht ausgehen. Die Zahlen belegen, dass im traditionellen Bereich der Freizeit- und Tourismuswirtschaft zweifellos etwas ganz Außergewöhnliches gelingt, nämlich Gäste aller Altersklassen und sozialen Schichten für Besuche auf den Jahrmärkten, Kirchmessen, Wochen- und Weihnachtsmärkten zu begeistern.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Unterschiedlich ist nur die Art, wie die Gäste es bevorzugen, sich zu amüsieren. Selbst für diejenigen, die eine Fahrt mit der Achterbahn oder dem Riesenrad scheuen, weil sie nach dem Genuss einer köstlichen Zuckerwatte die Loopings oder die Höhe nicht vertragen, besteht nicht die Gefahr, dass Langeweile aufkommt. Unzählige Schau-, Belustigungs-, Verkaufs- und Schießgeschäfte bieten den Besuchern eine ungeheure Abwechslung und locken sie auf die Volksfeste.

(Klaus-Peter Willsch [CDU/CSU]: Sie können sich das nur nicht mehr leisten, wenn sie sich die Nebenkostenabrechnung ansehen!)

– Hören Sie mir doch erst einmal zu.

Volksfeste gehören seit jeher zum Kulturgut in Deutschland. Unser Wille ist es, dass sie auch in Zukunft lebendig bleiben. Volksfeste unterstützen die Attraktivität des Tourismusstandortes Deutschland. Es ist auch den Volksfesten und Jahrmärkten zu verdanken, dass der Städtetourismus Zuwachsraten verzeichnet.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Klaus Brähmig [CDU/CSU]: Genau dies betonen wir auch!)

Wir werden der **kulturellen Tradition** und dem Brauchtum, das den Festen zugrunde liegt, die Aufmerksamkeit schenken, die sie verdient haben. Von der alten Bundesregierung konnte man das leider nicht behaupten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der PDS)

(D)

In den Jahren, in denen die CDU/CSU der Regierung angehörte, erschien Ihnen die Sicherung der Volksfeste und des Berufsstandes der Schausteller offensichtlich nicht wichtig genug, um sich diesem Problem wirklich ernsthaft zu widmen. Erst in der Rolle der Opposition besinnt man sich eines Besseren.

(Zuruf von der CDU/CSU: Haben Sie das als Opposition auch gemacht?)

Das ist gut, immerhin. Der erfreuliche Gedanke liegt nahe, dass man nunmehr eigene Versäumnisse wiedergutmachen möchte. Wie aber ist es dann zu bewerten, dass es für die CDU/CSU so schwer ist? In der Beschlussempfehlung des Ausschusses heißt es:

Der CDU/CSU-Fraktion sei es allerdings aus grundsätzlichen innerfraktionellen Erwägungen nicht möglich gewesen, diesen interfraktionellen Antrag mitzutragen.

An diesem Punkt drängt sich doch der Gedanke auf, dass in der CDU/CSU-Fraktion, jenseits der Arbeitsgruppe Tourismus, immer noch ein Desinteresse an der Zukunft der Volksfeste überwiegt – wie schon in den langen, langen Jahren davor.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Im Gegensatz dazu aber weiß die jetzige Bundesregierung sowohl die Bedeutung als auch die angenehme und

Sylvia Voß

- (A) heitere Atmosphäre von Volksfesten und Jahrmärkten sehr wohl zu schätzen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Es wurden bereits zahlreiche Maßnahmen in die Wege geleitet, die die Situation dieser Branche verbessern und somit zum Erhalt des volkstümlichen Brauchtums beitragen. Es freut mich, Ihnen in Erinnerung rufen zu können, dass für die ganz jungen Familienmitglieder der Schausteller bereits einige Steine aus dem Weg geräumt werden konnten. Um die berufliche Förderung für die Kinder der auf Jahrmärkten beschäftigten Eltern zu verbessern, wird es dank eines **Schulbegleittagebuchs** Lehrern der unterschiedlichen Schulen künftig möglich sein, im Unterricht besser auf diese Kinder einzugehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
bei der SPD und der PDS)

Bedacht haben wir auch die Jahre nach der Schulzeit. Trotz der Tatsache, dass viele Jugendliche als feste Arbeitskräfte in den familiengeführten Betrieben unentbehrlich sind, sollen diese Jugendlichen keineswegs auf eine Ausbildung verzichten müssen. In den Wintermonaten können sie auf Sonderlehrgängen und im Block unterrichtet werden.

Wir haben, wie Herr Mosdorf schon ausführte, in den letzten Monaten noch eine ganze Reihe mehr geleistet. Es ist ein ermutigendes Zeichen für die Branche, aber auch für die parlamentarische Arbeit, dass der vorliegende Antrag gemeinsam von den Koalitionsfraktionen und den Fraktionen von F.D.P. und PDS getragen wird. Das zeugt von der Fähigkeit der beteiligten Fraktionen, im Interesse von Problemlösungen konstruktiv zusammenzuarbeiten.

- (B)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
bei der SPD und der PDS)

Die prinzipiellen politischen Differenzen werden dabei allerdings nicht vergessen. Ich erinnere an die Haltung zur Ökosteuer. Ich will darauf hier nicht mehr eingehen; das haben wir an anderer Stelle ausführlich diskutiert.

Den hier anwesenden Damen und Herren von der CDU/CSU-Fraktion, die entgegen ihrer Überzeugung dem vorliegenden Antrag nicht zustimmen wollen oder dürfen, empfehle ich, statt Adventskalender gegen die Ökosteuer zu basteln, die besinnliche Weihnachtszeit dazu zu nutzen, sich auf einem der derzeit zahlreich stattfindenden Weihnachtsmärkte zu amüsieren, auf dass Ihnen dort endlich ein Ökolichtlein aufgehe.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
bei der SPD und der PDS)

Vizepräsidentin Petra Bläss: Der nächste Redner ist der Kollege Ernst Burgbacher von der F.D.P.-Fraktion.

Ernst Burgbacher (F.D.P.): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich freue mich, heute zu diesem Thema reden zu dürfen, da ich ein leidenschaftlicher Besucher von Volksfesten bin.

(Beifall bei der F.D.P., der SPD, der
CDU/CSU und der PDS)

Wenn man persönlich hinter einem Thema steht, lässt sich leichter darüber reden. (C)

Dieser Branche, klein- und mittelständisch geprägt und für Frohsinn sorgend, ist manchmal selbst nicht zum Lachen zumute, weil die Situation in vielen Bereichen – ich werde gleich konkret darauf kommen – wirklich schwierig ist. Umso mehr freut es mich, dass wir zu diesem Thema bei viel gegenseitiger Kompromissbereitschaft einen interfraktionellen Antrag hinbekommen haben. Frau Voß, ich empfand Ihre Polemik als völlig deplatziert,

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

weil Sie ganz genau wissen, dass die ursprüngliche Initiative bei der CDU/CSU lag und es ganz andere Ursachen hat, dass die Kollegen nicht zustimmen. Ein bisschen mehr Souveränität wäre ganz schön.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Die **Kostensituation** des Schaustellergewerbes ist in einigen Punkten sehr schwierig. Ich möchte das an einem Beispiel konkretisieren. Ich habe nämlich Anregungen für meine Rede, meine Herren auf der Zuschauertribüne, auf unserem traditionellen Volksfest bekommen, auf dem ich jedes Jahr mit Schaustellern zusammensitze. Die Frage ist: Wo sind denn die wahren Probleme? Deshalb kann ich hier einiges beitragen. So wurde mir gesagt, dass ein Boxauto – ich fahre bis heute gerne Boxauto – 8 500 DM kostet, bis es auf der Bahn steht. Dieses Geld – das bitte ich zu bedenken – muss erst einmal eingefahren werden. Wenn das möglich sein soll, muss vieles stimmen.

Ich muss auch die Probleme ansprechen, die im interfraktionellen Antrag nicht genannt werden konnten, weil er ansonsten keine Mehrheit bekommen hätte, zum Beispiel die Arbeitskräfte. Sie haben sich jetzt durchgerungen, Ausländer nach einer Wartezeit von zwölf Monaten arbeiten zu lassen. (D)

(Gernot Erler [SPD]: Ihr hättet das nicht geschafft!)

Hätten Sie unserem Antrag zugestimmt, in dem wir vorgeschlagen haben, die Arbeitserlaubnispflicht ganz aufzuheben, wären wir ein ganzes Stück weiter.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Herr Staatssekretär Mosdorf hat vorhin zu Recht darauf hingewiesen, dass diese Regierung

(Unruhe bei der SPD)

– nur Lärmen hilft auch nicht weiter – auch viel Positives gemacht hat. Allerdings war es oft nur der Ausgleich für unsägliche Regelungen. Natürlich leidet die Branche massiv unter der Neuregelung der 630-Mark-Jobs. Das ist doch überhaupt keine Frage.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Natürlich leidet diese Branche, die hohe Transport- und Energiekosten hat, massiv unter der Ökosteuer. Auch das ist keine Frage.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU –
Gernot Erler [SPD]: Bei uns reden die nur über das Wetter!)

Ernst Burgbacher

- (A) – Manchmal frage ich mich, wo Sie leben. Natürlich wird Ihnen jeder bestätigen, wie groß die Probleme in dieser Branche sind. Es wird nicht durch lautes Schreien besser, sondern nur dadurch, dass man die Konsequenzen zieht und dementsprechend handelt.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Ich spreche den folgenden Punkt ganz bewusst an. Wir appellieren immer an die **Kommunen**. Ich weiß nicht, ob das so produktiv ist, ob sich die Kommunen daraufhin nicht eher abschöten. Aber wir müssen es trotzdem tun; denn die Entwicklung, die Jahrmärkte und die Volksfeste aus der Stadt herauszudrängen, ist verheerend für das Schaustellergewerbe. Denn dann sind es nicht mehr die Feste, die sie einmal waren. Deshalb sollten diejenigen von uns, die in der Kommunalpolitik tätig sind oder Einfluss haben, alles daransetzen, dass die traditionellen Volksfestplätze erhalten bleiben.

(Zuruf des Abg. Gernot Erler [SPD])

– Herr Kollege, schreien Sie nicht dazwischen. Das steht auch so im Antrag. Da Sie ihn mit unterschrieben haben, sollten Sie mir auch in diesem Punkt zustimmen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Probleme für die Schausteller sehe ich auch in den massiv erhöhten Abgaben der Kommunen und in den Öffnungszeiten, um die es – das weiß ich aus eigener Erfahrung – immer mehr Konflikte gibt, weil diejenigen, die in unmittelbarer Nachbarschaft von Volksfestplätzen wohnen, durchzusetzen versuchen, dass die Jahrmärkte und Volksfeste früher schließen. Auch das ist natürlich für die Branche ein riesengroßes Problem. Hier müssen wir auf die Kommunen massiv einwirken.

- (B)

Wir haben das gemeinsame Ziel, Volksfeste und Jahrmärkte zu erhalten. Wir wollen dem Schaustellergewerbe helfen. Wir versprechen Ihnen: Wir werden das künftig, wo immer es geht, im Konsens tun. Ich sage Ihnen: Wenn Politik ein Stück weit Frohsinn fördern kann, dann ist das eine schöne Sache. Im Jahr des Tourismus gibt es den Wahlspruch: Deutschland – nix wie hin! Sagen wir doch jetzt: Jahrmärkte und Volksfeste – nix wie hin!

Danke schön.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Bläss: Es spricht jetzt die Kollegin Rosel Neuhäuser für die PDS-Fraktion.

Rosel Neuhäuser (PDS): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen vom Deutschen Schaustellerverband! Es ist uns selbst nach 15 Stunden Diskussionen im Plenum dieses Hauses ein freudiger Anlass, uns mit dem interfraktionellen Antrag zur Verbesserung Ihrer Situation zu beschäftigen. Es sollte keine Negativdiskussion über diesen Antrag geben, an dem wir gemeinsam gearbeitet haben; denn er ist ein Schritt in die richtige Richtung. Wir wollen ihn heute zum Erfolg führen.

(Beifall bei der PDS, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vor mehr als einem Jahr habe ich hier im Auftrag meiner Fraktion festgestellt, dass Volksfeste oder Kirmessen, Stadt- oder Vereinsfeste und auch der Weihnachtsmarkt, der jetzt überall stattfindet, immer Orte der Gemeinsamkeit, der Freude, aber auch der Entspannung sind. Das spüren wir alle an der Resonanz solcher Feste. Wer auf den Weihnachtsmarkt geht, der weiß, was dort los ist. Wir haben einen interfraktionellen Antrag vorgelegt, in dem die in der ersten Beratung von allen Fraktionen angesprochenen Fragen behandelt werden. Was im Antrag steht, war der kleinste gemeinsame Nenner.

(Beifall bei der PDS)

Das ist ein wichtiger Erfolg.

Der Wert der Gemeinsamkeit, wie ich ihn eben in Bezug auf Volksfeste angesprochen habe, wird auch in der Gemeinsamkeit dieses Antrags deutlich.

(Beifall bei der PDS sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir haben damals zum Beispiel gefordert, dass Regelungen zu dem Beantragungsverfahren, zu den steuerlich-rechtlichen Fragen, zu den Gebührenordnungen und im Bereich der Transporte geschaffen werden müssen und dass diese Regelungen möglichst an die **EU-Richtlinien** angeglichen werden sollten. Diese Ziele haben wir alle gemeinsam formuliert.

Ich muss heute dennoch mein Unverständnis darüber zum Ausdruck bringen, dass es trotz inhaltlicher Zusammenarbeit und Übereinstimmung – wir haben hier in der ersten Lesung über den Antrag der CDU/CSU-Fraktion diskutiert; auch im Ausschuss haben wir uns mit ihm auseinandergesetzt – für die CDU/CSU nicht möglich war, diesen Antrag mitzutragen.

(Beifall bei der PDS sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich sprach zu Beginn meiner Rede von der Gemeinsamkeit und auch von der Freude, die Volksfeste für die Menschen bedeuten können. Im Interesse des Verbandes und der Menschen in unserem Lande hätten wir deshalb unser Anliegen gemeinsam zum Ausdruck bringen sollen.

Als ich vor wenigen Tagen den großen und schönen **Weihnachtsmarkt in Berlin** besucht habe, habe ich dort Tausende von Menschen hinströmen sehen. Ich habe viele leuchtende Kinderaugen gesehen. Ich habe aber auch die leuchtenden Augen von Erwachsenen gesehen. Ich habe Schießbuden, Bratwurststände, Kinderkarussells und vieles mehr gesehen.

(Horst Kubatschka [SPD]: Kartoffelpuffer nicht vergessen!)

Ich habe natürlich auch beim Gespensterschloss vorbeigeschaut.

(Horst Kubatschka [SPD]: War das von der CDU?)

An diesem Gespensterschloss hängt ein Seil, an dem ein Weihnachtsmann hoch- und runterklettert.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: War der Weihnachtsmann denn schon sozialisiert?)

(C)

(D)

Rosel Neuhäuser

- (A) Das ist genau das Problem, das die CDU hat: Sie arbeitet sich von unten nach oben, sie arbeitet mit uns gemeinsam am Antrag. Als sie oben war, weil der Antrag ausgearbeitet war, und in der Fraktion das Problem geklärt werden sollte, dass auch die PDS den Antrag unterzeichnet, ging es wieder herunter.

(Beifall bei der PDS, der SPD und dem
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich denke, so soll es nicht sein.

(Klaus Brähmig [CDU/CSU]: Das war ein ganz falsches Bild, dass Sie hier gezeichnet haben! Das kann man so nicht stehen lassen!)

– Das ist keine falsche Interpretation.

Sie haben in der eigenen Partei ein Problem, wenn es um Inhalte geht. Sie sollten sich mit Ihrem Fraktionsvorstand auseinander setzen und den unsäglichen Unvereinbarkeitsbeschluss, den es im Hinblick auf den Umgang mit der PDS noch gibt, im Interesse der Sache endlich vom Tisch nehmen. Das täte nicht nur der CDU/CSU, sondern auch der Branche der Schausteller gut.

Ich möchte noch einen Satz zu dem sagen, was Herr Burgbacher und Herr Mosdorf schon angesprochen haben.

Vizepräsidentin Petra Bläss: Das müsste aber ein kurzer Satz sein, Frau Kollegin Neuhäuser.

- (B) **Rosel Neuhäuser** (PDS): Im Interesse der Schausteller ist es wichtig, dass wir die Kommunen aufrufen, gründlich darüber nachzudenken, wie lange man es noch zulassen will, dass die Volksfestplätze immer weiter von den Innenstädten weg hinaus in die Randzonen getrieben werden. Die Städte brauchen ihre kulturellen Zentren.

(Beifall bei der PDS)

Es ist wichtig, dass die Kommunen hier ihrer Verantwortung gerecht werden.

Ich wünsche allen noch viel Freude auf Weihnachtsmärkten, auf Volksfesten und auf anderen derartigen Veranstaltungen.

(Beifall bei der PDS, der SPD und dem
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Petra Bläss: Das war ein sehr langer vorweihnachtlicher Satz.

Nächste Rednerin ist die Kollegin Marianne Klappert, SPD-Fraktion.

Marianne Klappert (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kollegen! Liebe Kolleginnen! Wenn ich auf die Uhr schaue, dann stelle ich fest, dass wir mittlerweile zweieinhalb Stunden über die Zeit sind. Viele Kollegen und Kolleginnen haben es heute in den frühen Abendstunden geschafft, mit den Schaustellern – ich freue mich, dass sie es so lange ausgehalten haben – einen der schönsten Weihnachtsmärkte, nämlich hier in Berlin, zu besuchen.

(Horst Kubatschka [SPD]: Und ich habe gearbeitet!) (C)

– Kollege Kubatschka und ich, wir mussten leider arbeiten und konnten nicht an dem Besuch teilnehmen.

Es ist deutlich geworden, dass wir alle, die Kollegen der CDU/CSU, der F.D.P., des Bündnisses 90/Die Grünen und der PDS, eines gemeinsam wollen: Wir wollen dem Gewerbe unserer Schausteller die Chance geben, sich weiterzuentwickeln und zu stabilisieren.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Ernst Hinsken [CDU/CSU]: Wenn sie Recht hat, hat sie Recht!)

– Richtig, Ernst Hinsken! Deshalb würde ich mich freuen – ich werbe noch einmal darum –, wenn wir es trotz aller Kaspereien schaffen würden, heute Abend diesem Antrag alle miteinander zum Wohle der Schausteller gemeinsam zuzustimmen, den wir über ein Jahr in harter Arbeit beraten haben.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS)

Herr Dörflinger, wir haben Ihren Antrag ernst genommen. Sie wissen genauso gut wie ich: Der Tourismusausschuss ist ein Ausschuss mit Querschnittsaufgaben. Wir haben es in dieser Zeit geschafft, nicht nur fünf Fraktionen, sondern auch all die anderen Arbeitsgruppen und Ausschüsse zu beteiligen. Ich will mich beim Staatssekretär Mosdorf bedanken, der es mit uns gemeinsam geschafft hat, die Anregungen, die in Ihrem Antrag enthalten waren, wirklich auch umzusetzen. (D)

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS)

Das unterscheidet uns: Sie schreiben Anträge und halten hier große Reden, aber wir handeln. Wir haben es geschafft, dass ein Gutachten in Auftrag gegeben worden ist. Das hätten Sie in den 16 Jahren, wo Sie Regierungsparteien waren, längst machen können. Wir haben es geschafft.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS – Widerspruch bei der CDU/CSU)

Es ist doch zum Lachen, wenn Sie heute immer kommen und sagen: Sie sind seit zwei Jahren an der Regierung. Sie hatten doch wirklich Zeit genug, das umzusetzen.

(Klaus Brähmig [CDU/CSU]: Das ist die alte Platte! Das kann kein Mensch in Deutschland mehr hören!)

Von dem **Gutachten**, das diese Bundesregierung nun mitfinanziert, erhoffen wir uns, dass es Ergebnisse bringt, die nicht nur zum Wohle der Schausteller sind, sondern dem gesamten Umfeld dienen. Wir müssen weiter daran arbeiten, dass wir mehr erreichen, dass im Mittelpunkt unserer Städte weiterhin Attraktionen stehen. Wir erleben es doch jetzt bei den Weihnachtsmärkten. Was wären denn man-

Marianne Klappert

- (A) che Städte, wenn nicht die Tradition aufrechterhalten würde? Was haben Sie denn dazu beigetragen?

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS)

Da sind Sie nun wirklich in der Pflicht.

(Zuruf von der F.D.P.: Die Weihnachtsmärkte gab es doch auch vor Jahren!)

– Das habe ich eben gesagt.

Ich will noch eines sagen: Wir haben gerade hier die Schwierigkeit, dass es nicht nur darum geht, bundespolitisch Entscheidungen zu treffen. Viele Schwierigkeiten, die unsere Schausteller haben, liegen im Bereich der **Kommunen**.

Wir hatten heute Nachmittag Gelegenheit, in der Arbeitsgruppe Kommunalpolitik der SPD-Bundestagsfraktion mit den Schaustellern gemeinsam zu diskutieren, wie wir helfen können, damit das, was heute Abend beschlossen wird, bei den Kommunen auch ankommt, dass transparent wird, wo Schwierigkeiten liegen. Ich glaube, da sind wir auf einem guten Weg. Wir sagen, wir müssen es gemeinsam schaffen. Das kann nicht nur der Bund, das können nicht nur die Länder und die Kommunen, sondern das muss gemeinsam gemacht werden. Es ist nicht unbedingt üblich, dass der Deutsche Bundestag in einem Antrag formuliert: Wir fordern die Bundesregierung auf, dazu beizutragen, dass in den Städten und Gemeinden auf Volksfesten auf die Anwendung von Bagatellsteuern verzichtet wird.

(B)

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS)

Vizepräsidentin Petra Bläss: Herr Kollege Hinsken hat eine weitere Zwischenfrage. Frau Klappert, lassen Sie die zu?

Marianne Klappert (SPD): Ja.

Vizepräsidentin Petra Bläss: Bitte, Herr Hinsken.

Ernst Hinsken (CDU/CSU): Verehrte Frau Kollegin Klappert, pflichten Sie mir bei in der Feststellung: Wenn es die Ökosteuer nicht gäbe,

(Heiterkeit bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

würde es auch nicht einen Kaufkraftabfluss in Höhe von 35 Milliarden DM geben, was dazu führen würde, dass viele Leute vermehrt Volksfeste, Kirmessen usw. besuchen könnten?

(Beifall bei der CDU/CSU)

Und pflichten Sie mir darüber hinaus bei, dass hierfür nicht die Kommunen verantwortlich zeichnen, sondern in erster Linie die Bundesregierung? Und die wird maßgeblich von Ihrer Fraktion gestellt.

Marianne Klappert (SPD): Herr Kollege Hinsken, nun will ich Ihnen eines sagen: Es gibt sehr viele Großeltern, die heute mit ihren Enkelkindern zu jeder Kirmes und zu Volksfesten gehen. Die können sich das erlauben. Die Familienväter sind froh und dankbar, dass sie statt 22 Prozent ab dem 1. Januar 2000 nur 19,1 Prozent an Rentenbeiträgen zu zahlen haben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Lachen bei der CDU/CSU – Klaus Brähmig [CDU/CSU]: 18,1 Prozent sind versprochen worden! Das ist nicht in Ordnung!)

– Herr Brähmig, warten Sie einmal ab und lassen Sie uns das einmal ganz ordentlich machen. – Ich weiß, dass die Familien froh sind, dass sie mehr Kindergeld bekommen haben,

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Klaus Brähmig [CDU/CSU]: Diese Kamelle! Das kann man wirklich nicht mehr hören!)

dass sie weniger Lohnnebenkosten zu zahlen haben und dass sie wieder in der Lage sind, mit ihren Kindern gemeinsam zu Volksfesten zu gehen. Sie freuen sich, dass dort, bei diesen Volksfesten, Jung und Alt zusammenkommen. Das ist doch wirklich etwas!

(Zuruf von der CDU/CSU: Das glauben Sie doch selbst nicht!)

Es gibt für die Familien wieder viel mehr Freiräume.

(Klaus Brähmig [CDU/CSU]: Freiräume?)

(D)

Sie können wieder mehr Geld ausgeben und das macht Spaß.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Klaus Brähmig [CDU/CSU]: Hier rausnehmen, da reinstecken! Aber bloß die Hälfte!)

– Der Kollege Brähmig kann ja gleich fünf Minuten über die Ökosteuer sprechen.

(Zuruf von der SPD: Um Gottes willen!)

Wir haben dieses Thema in allen Ausschüssen immer wieder diskutiert; aber jetzt bringt es doch nichts mehr.

Ich möchte für meine Fraktion sagen, wie groß unser Interesse ist, dass wir Volksfeste, Kirmessen und Ähnliches aufrechterhalten.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich mich ganz besonders bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des zuständigen Ministeriums bedanken, die die gemeinsame Arbeit unterstützt haben. Ich glaube, hier ist ein ganz herzliches Dankeschön angebracht; denn nur so kommt man gemeinsam weiter.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS)

Vizepräsidentin Petra Bläss: Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben es geschafft: Der Freitagmorgen

Vizepräsidentin Petra Bläss

(A) ist erreicht. Wie man sieht und hört, ist auch die Volksfeststimmung fast erreicht.

Der letzte Redner in dieser Debatte ist der Kollege Klaus Brähmig.

Klaus Brähmig (CDU/CSU) (von Abgeordneten der CDU/CSU mit Beifall begrüßt): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Horst Kubatschka [SPD]: Jetzt bricht wieder das Jammertal aus!)

Zu Beginn meiner Ausführungen begrüße ich ebenfalls ganz herzlich die Vertreter des Deutschen Schaustellerbundes und des Bundesverbandes Deutscher Schausteller und Marktkaufleute.

(Zuruf von der SPD: Das haben wir doch schon gemacht!)

Ich glaube, heute ist für das Schaustellergewerbe und die deutschen Volksfeste ein großer Tag.

Auf Initiative der Unionsparteien und vor allem unseres Ausschussvorsitzenden, Ernst Hinsken,

(Beifall bei der CDU/CSU)

wurde dem Anliegen dieser mittelständischen Unternehmen in Deutschland im Jahre 1999 erstmals ein spezifischer Antrag gewidmet, über den wir im November des letzten Jahres in einer Plenardebatte mit großem Einverständnis und ohne das sonst übliche Parteiengezänk diskutiert haben.

(B) (Gernot Erler [SPD]: Wer zu spät kommt, den bestraft die Geisterbahn!)

Leider wurde dieses Thema heute zu einer sehr ungünstigen Debattenzeit auf die Tagesordnung gesetzt. Daraus schließe ich, dass dem Tourismus trotz seiner unverkennbar hohen gesamtwirtschaftlichen Bedeutung in der Politik und auch in diesem Hohen Haus noch nicht die Bedeutung zugemessen wird, die ihm gebührt.

Meine Damen und Herren, gestern Mittag hat Bundeswirtschaftsminister Müller das **Jahr des Tourismus in Deutschland 2001** im Kulturforum Berlin eröffnet.

(Gernot Erler [SPD]: Das war vorgestern!)

– Das stimmt natürlich; Sie haben Recht. Das war vorgestern. Gerade im Jahr des Tourismus sollten wir als Tourismuspolitiker gemeinschaftlich dafür Sorge tragen, dass die Branchenvertreter und die Bevölkerung eine Chance erhalten, die tourismuspolitischen Debatten live im Fernsehen mitzuerleben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Wir alle wollen, dass dieses Aktionsjahr ein Erfolg wird und sich in der Bevölkerung ein Bewusstsein dafür entwickelt, dass der Tourismus wie kaum eine andere Branche dazu geeignet ist, kurz-, mittel- und langfristig im weltweiten Wettbewerb Arbeitsplätze in Deutschland zu sichern bzw. auch in großem Maße neue zu schaffen. Dabei muss stärker als bisher darauf hingewiesen werden, welche Einmaligkeit, Vielfalt und Tradition gerade im

deutschen Schaustellergewerbe und in den deutschen Volksfesten stecken. Dies gilt von Flensburg bis Berchtesgaden und von Saarbrücken bis Görlitz. (C)

Nicht zuletzt trägt die einmalige und jahrhundertealte Volksfestkultur mit Jahrmärkten, Kirmessen, Schützenfesten und gerade jetzt mit wunderschönen Weihnachtsmärkten immer wieder zu Reisen von Gästen aus der ganzen Welt nach Deutschland bei. Stellvertretend seien hier nur der weltbekannte Christkindlmarkt in Nürnberg und der Dresdner Striezelmarkt genannt.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der F.D.P. und der PDS)

Ihr Engagement, sehr geehrte Damen und Herren der Schaustellerverbände, ist also ein unerlässlicher Beitrag für das Image des **Reiselandes und Wirtschaftsstandortes Deutschland**. Umso wichtiger wäre es gewesen, sehr geehrter Herr Staatssekretär Mosdorf, diese beiden Verbände aktiv in die Planung zum Jahr des Tourismus in Deutschland 2001 einzubinden. Dies kann man aber sicherlich noch nachholen. – Sie haben heute Abend am Rande der Debatte sicherlich erste Gespräche mit den Herren geführt. – Ich glaube, das wird in der nächsten Zeit Realität.

In der Arbeitsgruppe zu dem Aktionsjahr hätten die Vertreter der Schausteller dann eine gute Gelegenheit, ihre Probleme bei der örtlichen Durchführung von Volksfesten mit den Vertretern des Deutschen Städtetages, des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und des Deutschen Landkreistages zu erörtern, die ebenfalls Mitglieder dieser Arbeitsgruppe sind. (D)

Wir sollten in diesem Jahr sogar noch einen Schritt weitergehen. Es muss herausgearbeitet werden, welche Potenziale in diesem Tourismussektor liegen; Herr Staatssekretär Mosdorf hat die wirtschaftliche Bedeutung anhand von Zahlen hier deutlich gemacht. Dies gelingt nach meiner Überzeugung nur mit einer nationalen Studie zum Thema „Schaustellergewerbe und Volksfeste als Wirtschaftsfaktor“.

(Zuruf von der SPD: Die wird schon finanziert!)

die wir gemeinsam, Bundesregierung und Tourismusausschuss, im Jahr 2001 endgültig auf den Weg bringen sollten.

Inzwischen sind einige Forderungen aus unserem Antrag vom Juli 1999 abgearbeitet, andere Probleme in den Zuständigkeiten von Kommunen, Bundesländern, Bund und EU müssen weiterhin einer vernünftigen Lösung zugeführt werden. Dabei sollte stets im Vordergrund stehen, dass die Branche entwicklungsfähige Rahmenbedingungen braucht: nicht Regulierung, sondern Deregulierung,

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

nicht Bürokratisierung, sondern Entbürokratisierung,

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Klaus Brähmig

- (A) nicht nur Privatisierung der Infrastruktur in den Gemeinden, sondern ein Bekenntnis zur Daseinsfürsorge der öffentlichen Hand zur Gewährleistung eines fairen Wettbewerbs der Anbieter.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Bei den Rahmenbedingungen kann ich die Problematik der **Ökosteuer** gerade für die Schaustellerbranche nicht unerwähnt lassen. Die Bundesregierung räumt offen ein, dass sich hier durch besondere Belastungen für das Gewerbe ergeben. In der Antwort auf die Große Anfrage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu den Auswirkungen der Ökosteuer und der hohen Kraftstoffpreise auf den Deutschlandtourismus heißt es dazu, dass im Schaustellergewerbe die Belastung durch die Mineralöl- und Stromsteuererhöhung im Rahmen der ökologischen Steuerreform die Entlastung aus der mit dem Steuermehraufkommen finanzierten Senkung und Stabilisierung der Beitragssätze in der Rentenversicherung übersteigen dürfte. Als Ursachen dafür werden der verhältnismäßig hohe Strombedarf für die Beleuchtung und für den Betrieb energieintensiver Fahrgeschäfte, die geringe Beschäftigung rentenversicherungspflichtiger Arbeitnehmer und die besondere Bedeutung der Kraftstoffkosten aufgrund der betriebsnotwendigen Mobilität genannt. Diese Kosten erhöhen sich, wie wir wissen, ab dem 1. Januar des kommenden Jahres nochmals und belasten somit die Schausteller und ihre Unternehmen. Wie wollen Sie dieser besonders belasteten Branche erklären, dass in wenigen Wochen eine weitere Stufe der Ökosteuer in Kraft tritt? Schaffen Sie die Ökosteuer lieber endlich ab!

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Setzen Sie damit ein positives Signal für den Start ins Jahr des Tourismus in Deutschland 2001!

Abschließend möchte ich im Namen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und meiner Kollegen, die heute Abend anwesend sind, aber auch im Namen all derjenigen, die heute Abend – man müsste besser sagen: heute Vormittag –

(Heiterkeit)

– heute früh, entschuldigen Sie –, nicht hier sind, ganz herzlich bei allen in der Tourismusbranche Tätigen in der Bundesrepublik Deutschland für ihr unermüdliches Engagement im Jahr 2000 Dank sagen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, für die kommenden Festtage und für das neue Jahr 2001 wünschen wir Ihnen alles Gute, Schaffenskraft und Gottes Segen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Vizepräsidentin Petra Bläss: Ich schließe die zweifellos temperamentvolle Aussprache und bedanke mich im Namen des Sitzungsvorstandes für die Teilhabe an den kulinarischen Köstlichkeiten.

(Heiterkeit und Beifall im ganzen Hause)

Wir kommen zur Beschlussempfehlung des Ausschusses für Tourismus auf Drucksache 14/4836. Der Ausschuss empfiehlt unter Buchstabe b seiner Beschlussempfehlung die Ablehnung des Antrags der Fraktion der CDU/CSU zur Sicherung der Volksfeste und des Schaustellergewerbes in der Bundesrepublik Deutschland, Drucksache 14/1312. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist gegen die Stimmen der CDU/CSU-Fraktion bei Enthaltung der F.D.P.-Fraktion angenommen.

(C) Weiter empfiehlt der Ausschuss unter Buchstabe a seiner Beschlussempfehlung die Annahme des Antrags der Fraktionen der SPD, des Bündnisses 90/Die Grünen, der F.D.P. und der PDS, Drucksache 14/3786, zur Sicherung der Volksfeste, des Markthandels und des Schaustellergewerbes in der Ausschussfassung. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist bei Enthaltung der CDU/CSU-Fraktion angenommen worden.

Ich bedanke mich noch einmal für die Aufmerksamkeit unserer späten Gäste. Ich denke, Sie haben alle Rekorde gebrochen. So spät hatten wir hier noch keine offiziellen Gäste im Parlament.

(Beifall im ganzen Haus)

Ich rufe jetzt den Zusatzpunkt 8 auf:

Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung (11. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Klaus Grehn, Ursula Lötzer, Uwe Hiks, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der PDS

Die Weichen für eine neue Vollbeschäftigung in Europa stellen

– Drucksache 14/3030, 14/3789 –

Berichterstattung:

Abgeordneter Klaus Brandner

(Unruhe)

– Es geht noch ein bisschen weiter; es wäre nett, wenn die Kolleginnen und Kollegen noch auf ihren Sitzen bleiben könnten und diejenigen, die gehen wollen, jetzt wirklich schnell den Saal verlassen würden.

Die Kolleginnen und Kollegen Doris Barnett, Dorothea Störr-Ritter, Dr. Thea Dücker, Dirk Niebel und Dr. Klaus Grehn haben ihre Reden zu Protokoll gegeben¹. – Ich sehe keinen Widerspruch im Haus. Deshalb kommen wir sofort zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung zu dem Antrag der Fraktion der PDS mit dem Titel „Die Weichen für eine neue Vollbeschäftigung in Europa stellen“, Drucksache 14/3789. Der Ausschuss empfiehlt, den Antrag auf Drucksache 14/3030 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist gegen die Stimmen der PDS-Fraktion angenommen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 16 auf:

¹ Anlage 3